



Vorlage Nr. 23-O-25-0037

Tagesordnungspunkt 10

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Mainz-Kastel am 11. Juli 2023

Keine unsozialen Streichungen bei den Haushaltsberatungen für die Jahre 2024/25! (AUF)

Der Ortsbeirat Mainz-Kastel erwartet, dass ihm die bereits in anderen Gremien diskutierte „Streichliste“ des Sozialdezernats für die kommenden Haushaltsberatungen umgehend übermittelt wird.

Der Ortsbeirat Mainz-Kastel weist daraufhin, dass geplante Eröffnungen oder Schließungen von Einrichtungen im Stadtteil gemäß der Hessischen Gemeindeordnung dem Ortsbeirat zur verbindlichen Beschlussfassung vorzulegen sind. Dies betrifft auch Einrichtungen wie das Kinder- und Jugendzentrum und das Kinder-Eltern-Zentrum (KIEZ).

Der Ortsbeirat Mainz-Kastel spricht sich - gerade angesichts der besonderen Bedarfslagen im Stadtteil - dagegen aus, dass bei sozialen Einrichtungen bzw. Dienstleistungen Kürzungen vorgenommen werden. Er fordert den Magistrat und insbesondere den Kämmerer auf, die Vorgaben für die Dezernate und Ämter so zu verändern, dass ein sozialer Haushaltsplan im Herbst 2023 für die Jahre 2024/25 verabschiedet werden kann.

Begründung:

Der Lokalpresse war am 14. Juni zu entnehmen (siehe Anlage), dass seitens des Sozialdezernats eine Liste möglicher Streichungen von städtischen Leistungen im Sozialbereich existiert, um die Vorgaben des Kämmerers für den Haushaltsplanentwurf 2024/25 einzuhalten. Politisch verantwortlich für die Verabschiedung eines Haushaltsplans ist aber letztlich nicht der Kämmerer, sondern die Stadtverordnetenversammlung.

Die erwähnte Veröffentlichung zur vorgelegten „Streichliste“ hat in der Stadtgesellschaft bereits eine Diskussion ausgelöst, inwieweit die genannten Leistungen für die Stadtgesellschaft unentbehrlich sind. So haben z. B. die Stadtteilkonferenzen in Biebrich und Klarenthal ihre Ablehnung mit sehr deutlichen Worten zum Ausdruck gebracht. So wurden die Vorschläge z. B. als „Anschlag auf den sozialen Frieden“ bezeichnet. Da die geplante und vom Ortsbeirat befürwortete Stadtteilkonferenz in unserem Ortsbezirk noch nicht eingerichtet wurde, konnte es noch nicht eine entsprechende Äußerung aus Mainz-Kastel geben. Der Ortsbeirat nimmt deshalb für den Stadtteil und seine Bürgerschaft Stellung.

750 Euro für einen Hortplatz?

Mindestens 25 Millionen Euro soll Sozialdezernat jährlich einsparen / Träger sprechen von „sozialem Kahlschlag“

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Mindestens 25 Millionen, je nach Lesart sogar bis zu 50 Millionen, soll das Sozialdezernat jährlich einsparen, so die Ziele der Kämmerer. Etwa 80 Prozent der Ausgaben, die das Sozialdezernat tätigt, kann es überhaupt nicht selbst bestimmen, sie sind gesetzlich vorgegeben. Um es plastisch auszudrücken: Niemand in Wiesbaden kann beschließen, dass irgendeine Familie, weil die öffentlichen Gelder knapp sind, ab kommendem Jahr kein Bürgergeld erhält. Es bleiben etwa 20 Prozent aller Ausgaben, auf die die Stadt überhaupt Einfluss nehmen kann. Und dort soll solche große Summen einzusparen, wie derzeit von der Kämmerer als Ziel vorgegeben, hätte massive Auswirkungen.

Jugendzentren und Altenarbeit stünden vor dem Aus

Hier nur einige, die Sozialdezernent Christoph Manjura und Natascha Burghardt, im Dezernat fürs Controlling zuständig, in einem Pressegespräch erläutern: Der Beitrag für einen Hortplatz würde Eltern 750 statt 170 Euro monatlich kosten, ein Krippen- oder Kitaplatz, für die es keine Geschwisterreduzierungen mehr geben würde, 40 Euro mehr als bisher, für die Grundschulkinderbetreuung würden 370 statt 170 Euro fällig. Die Jugendzentren Biebrich, Kastel und Klarenthal müssten schließen, in Flüchtlingsunterkünften würde die Sozialarbeit massiv gekürzt, offene Altenarbeit wie in der Adlerstraße stünde vor dem Aus. Auch das Biebricher Nachbarschaftshaus (wir berichteten) hätte kaum eine Zukunft. Die Liste lässt sich fortsetzen. Die Kinder-Eltern-Zentren würden viel weniger Personal bekommen, auch für „Willkommen-Baby“ stünde deutlich weniger Geld zur Verfügung.

Zwei Wochen etwa hatte man im Sozialdezernat Zeit, um Einsparvorschläge in dieser bisher noch nicht gekannten Größenordnung zu erarbeiten. „Das gab es bisher so nicht“, weiß Natascha Burghardt. Alle Dezernate der Stadtverwaltung sind von den Kürzungsvorgaben rechnerisch in gleichem Maße betroffen, weil aber das Sozialdezernat die weitaus meisten Aufgaben hat und eben vieles nicht selbst steuern kann, würden die Streichungen hier besonders deutlich ausfal-



Das Jugendzentrum Reduit (oben links), die geplante Flüchtlingsunterkunft in Nordenstadt (oben rechts), das Biebricher Nachbarschaftshaus (unten links) und Kitas wären unter anderem von den Kürzungen betroffen. Archivfotos: hzb/Stefan Sämmer, René Vigneron, Lukas Görlach

len. „Das können wir so nicht hinnehmen“, sagt Sozialdezernent Christoph Manjura, der nur noch bis Ende des Monats im Amt ist und dann von Patricia Becher (bisher Patricia Eck) abgelöst wird. Er verweist auf soziale und auch auf Folgen für den Arbeitsmarkt in Wiesbaden, wenn beispielsweise Familien wegen immens erhöhter Kinderbetreuungskosten nicht mehr beide arbeiten, sondern die Kinder zu Hause betreuen. Auch das Schließen von Ju-

gendzentren hält Manjura für töricht, wie er vor wenigen Tagen in einem Interview mit dem Kurier sagte, ebenso wie das Abschaffen der Altenarbeit. Jugendliche haben in der Corona-Pandemie massiv gelitten, immer mehr alte Menschen drohen zu vereinsamen, beides seien deshalb Signale in die genau falsche Richtung. Manjuras Forderung: Nicht alle Dezernate gleich stark kürzen. „Bei uns ist die Wucht dessen, was dort eingespart wer-

den müsste, viel größer, die Folgen sind besonders drastisch.“ Unterstützung erfährt er durch die Leiterinnen des Amts für Soziale Arbeit, Daniela Loß, Ariane Würzberger (Sozialleistungs- und Jobcenter) und die Leiterin des Integrationsamts, Jeanine Rudolph, die demnächst allerdings mit ihrem Amt einem anderen Dezernat zugehörig ist. Wenn es finanzielle Spielräume geben sollte, so die politische Forderung an die Stadtverordnetenversamm-

lung, dann müssten diese zugunsten der Sozialausgaben genutzt werden.

Festgezurrt sind diese Einsparungen noch längst nicht, es können sich Einnahmen verbessern und, auch das gab es schon, der Haushalt müsste gar nicht unbedingt im Herbst beschlossen werden. Trotzdem stehen Gespräche mit den freien Trägern an, die von den Kürzungen ja ebenfalls massiv betroffen wären. Auch der hohe Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst trägt zu gestiegenen Kosten nicht unerheblich bei.

Es wird zu harten Verhandlungen kommen. Als Erste aus dem Viererbündnis im Rathaus (Grüne, SPD, Linke und Volt) meldet sich denn jetzt auch die Linke zu Wort. Deren sozialpolitischer Sprecher Ingo von Seemen kündigt an, die Fraktion werde „alles in ihrer Macht stehende tun, damit es keine Kürzungen im Sozialhaushalt und Leistungseinschränkungen für von Armut betroffene Menschen geben wird“. Der schwierigen wirtschaftlichen Lage sei man sich bewusst. Die Haushaltsverhandlungen würden schwierig. Aber „Sozialpolitik lässt sich nicht je nach Haushaltslage an- und wieder abschalten“.

„SOZIALER KAHLSCHLAG“

► Als „untragbar“ bezeichnen die Träger der Sozialen Arbeit und der Aktionskreis gegen Kinder- und Jugendarmut in Wiesbaden die anvisierten Kürzungen. Sie erwarten „mehr und nicht weniger Mittel“ im Sozialbereich, so eine gemeinsame Erklärung.

► Es sei unverständlich, dass die Stadtverordneten einerseits ambitionierte Beschlüsse zur Bekämpfung von Armut fassen und gleichzeitig Kürzungsvarianten vorgelegt würden, die einen sozialen Kahlschlag bedeuteten, so Nicole Nestler, Evangelische Kirche und Aktionskreis gegen Kinder- und Jugendarmut.

► Unterstützt wird die Stellungnahme von mehr als 30 Institutionen: Alzheimer Gesellschaft Wiesbaden, Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben, Attac Wiesbaden, Arbeiterwohlfahrt Wiesbaden, BauHaus Werkstätten Wiesbaden, Caritas Wiesbaden Rheingau-Taunus, CASA, Der Paritätische Hessen Regionalgeschäftsstelle Wiesbaden – Rheingau-Taunus-Kreis, Deutscher Gewerkschaftsbund Wiesbaden – Rheingau-Taunus, Diakonie Wiesbaden, Evangelisches Dekanat Wiesbaden, Evangelische Familienbildung im Dekanat Wiesbaden, Evangelischer Jugendring Wiesbaden, Evangelisches Stadtjugendpfarr-

amt EVIM Bildung, FRESKO, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Jugendhilfezentrum Johannesstift, Katholische Familienbildung, KBS-Stadteilbüro, Kinderschutzbund Wiesbaden, LAB – Leben aktiv bereichern, Mädchentreff Wiesbaden, MOJA, Verein zur Förderung mobiler Jugendarbeit, Nachbarschaftshaus Wiesbaden, Stadtjugendring, Spiegelbild – politische Bildung aus Wiesbaden, VdK Hessen-Thüringen, VdK-Ortsverband Wiesbaden-Biebrich, Volksbildungswerk Klarenthal, wif – Begegnung & Beratung, Xenia – interkulturelle Projekte gGmbH, Kinder- und Jugendtelefon Wiesbaden

Beschluss Nr. 0096

Der Antrag der AUF-Fraktion wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dez. III

z. w. V.

Bohrer
Ortsvorsteher